

Grüne Tulln

Die Zeitung für mehr *Lebensqualität in Tulln*



Die vergangenen 5 Jahre



Unter der Lupe!

Ihre Stimme für die Grünen ist eine Stimme für die Frauen

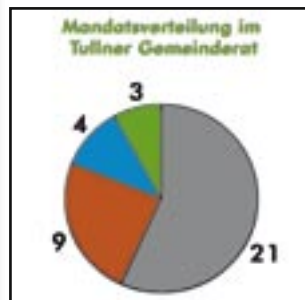
Wie nicht anders zu erwarten, gibt es an wählbarer Stelle auf den Listen der anderen Parteien kaum Frauen. Sowohl bei der ÖVP als auch bei der SPÖ sind auf den ersten 10 Plätzen nur 2 Frauen, bei der FPÖ gar nur 1 Frau.

Bei der ÖVP im Bezirk gibt es in 21 Gemeinden nur eine einzige Spitzenkandidatin. Das ist bei uns Grünen anders: auf den ersten 8 Plätzen kandidieren 5 Frauen. Seit Jahrzehnten werden die politischen Entscheidungen überwiegend von Männern getroffen. In Tulln leben aber immerhin 7084 Frauen und nur 6507 Männer. Frauen haben andere Bedürfnisse und andere Herangehensweisen. Daher ist es nicht egal, ob politische Entscheidungen von Männern oder Frauen getroffen werden. Sie können dazu beitragen, den Anteil der Frauen in der Politik zu erhöhen. Mit einer Stimme für die Grünen.

Liane Marecsek

Im Tullner Gemeinderat gibt es 37 Mandate, davon hat die ÖVP 21, die SPÖ 9, FPÖ 4 und wir Grünen haben 3. Mit der absoluten Mehrheit kann die ÖVP alles alleine beschließen, auch wenn alle anderen Parteien dagegen sind. Leider kommt dies gar nicht so selten vor.

Trotz dieser Ausgangssituation haben auch wir Grüne in den vergangenen Jahren einiges erreicht.



derzeitige absolute ÖVP-Mehrheit

Viele unserer Ideen wurden zwar zunächst abgelehnt, dann allerdings einige Zeit später von anderen Parteien (hauptsächlich von der ÖVP, aber nicht nur) als deren eigene Ideen präsentiert und dann umgesetzt. Beispiele dafür waren die neue Zufahrt zum erweiterten Krankenhaus über die Südumfahrung oder auch die biologische Gelsenbekämpfung.

Wir erreichten, dass Gelsen nicht mehr mit Nervengift, sondern auf biologische Art und Weise bekämpft werden



Jahrelang setzte die Gemeinde das Nervengift Malathion zur Gelsenbekämpfung ein und wehrte sich gegen alternative Formen. Ebenso lange war es uns ein Anliegen, dass auf dieses Nervengift verzichtet wird. Durch unseren konsequenten Einsatz wurde dann vor einigen Jahren endlich nach Alternativen gesucht. Seither wird sehr erfolgreich ein biologisches Bekämpfungsmittel (BTI) verwendet, die Gelsenbelastung hält sich in Grenzen und die Luft an den Sommerabenden ist dadurch viel besser geworden.

Für RadfahrerInnen hat sich in Tulln zwar einiges verbessert, es muss jedoch noch viel getan werden. So gibt es kaum eine gefahrlose und bequeme Anbindung der Radwege vom Zentrum in die Wohngebiete. Häufig stehen Autos auf den für Radfahrer gekennzeichneten Wegen. Radwege münden plötzlich abrupt in Fahrbahnen. Das ist lebensgefährlich. Ziel muss es sein, RadfahrerInnen und FußgängerInnen den Raum und die Sicherheit zu geben, die sie brauchen um gerne auf das Auto zu verzichten. Eine gute Nahversorgung erspart viele Autofahrten!

Tulln wächst. Immer mehr

Häuser, Wohnungen und Straßen werden im Gemeindegebiet gebaut.

Daher ist es wichtig, auf Rückzugsgebiete, Naherholungsräume und Grünflächen nicht zu vergessen. Bei der Stadtplanung haben wir erreicht, dass entlang der Südumfahrung ein durchgängiger Grüngürtel errichtet wird.



RadfahrerInnen werden in ihren Rechten immer wieder durch Autofahrer beschnitten und ihre Gesundheit dadurch gefährdet

Ebenso darf aufgrund unseres Antrages eine Fläche neben der kleinen Tulln nicht bebaut werden, da dort eine seltene Orchidee vorkommt.

Wir haben dafür gesorgt, dass die Mülldeponie nördlich der Donau nicht vergessen wird. Zwei zusätzliche Messstellen kontrollieren seither die Gefährdung unseres Trinkwassers durch diese Mülldeponie. Damit unser Trinkwasser auch in Zukunft bedenkenlos getrunken werden kann.

im Gemeinderat

Generell ist uns das Tullner Augebiet sehr wichtig, daher wollten wir eine Unterschutzstellung der Aulandschaft. Derzeit wird dieses Gebiet sehr intensiv forstwirtschaftlich genutzt (jährlich werden großflächige Schlägerungen durchgeführt).

Wir setzten uns für eine naturnahe forstwirtschaftliche Nutzung der Auwälder ein. Leider war in diesem Fall den anderen Parteien Geld wichtiger als die Natur.

Gerade das vergangene Jahr hat gezeigt, dass wir für besorgte BürgerInnen erste Anlaufstelle sind, wenn ihre Anrainerrechte und ihre Lebensqualität durch geplante Projekte bedroht sind.

Sowohl bei der Zufahrt zum Krankenhaus, bei der zukünftigen Gestaltung des Areals vom Leopoldheim als auch bei der geplanten Biogasanlage konnte immer derselbe Ablauf beobachtet werden: Weder der Gemeinderat noch die betroffenen Anrainer wurden in die Planungsphase einbezogen oder um ihre Meinung gefragt. Wir haben jeweils dafür gesorgt, dass die öffentliche Diskussion in Gang gesetzt wurde und erreichten mit Hilfe der AnrainerInnen, dass wesentliche Verbesserungen umgesetzt werden. Das erhöhte Verkehrsaufkommen durch den Krankenhausbau wird in Zukunft über die Südumfahrung abgewickelt.

Einkaufszentren auf der Grünen Wiese ziehen die Kaufkraft aus den Stadtzentren ab. Deshalb haben wir uns dafür

eingesetzt, dass Landesgesetze hier regelnd eingreifen. Wenn schon Einkaufszentren errichtet werden, dann sollte auch dort eine Parkraumbewirtschaftung durchgeführt werden müssen.

Dem Streit mit Langenrohr konnten wir nichts abgewinnen und sind seit jeher für eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden eingetreten.

Verschiedene Gruppen mit unterschiedlichsten Wünschen leben in unserer Stadt. So haben junge BürgerInnen ganz andere Bedürfnisse als die SeniorInnen. Damit aber das Zusammenleben in der Vielfalt gelingt, müssen die Wünsche aller ernst genommen werden. So haben wir uns auch für das Anliegen der Jugendlichen eingesetzt, eine zeitgemäße Skaterbahn in Tulln zu erhalten. Ebenso haben wir uns dafür eingesetzt, dass am Areal Leopoldheim ein Projekt Wohnen-im-Alter in Zentrumsnähe verwirklicht wird.

Eines unserer Hauptanliegen seit jeher ist eine möglichst hohe Lebensqualität für alle Bewohner zu ermöglichen. Dazu zählt, dass auch Menschen mit besonderen Bedürfnissen sich in unserer Stadt wohlfühlen können. Nach mehreren Anläufen ist es uns endlich gelungen, ein behindertengerechtes

WC am Hauptplatz und im Rathaus/Stadtsaal durchzusetzen.

Eine unserer Hauptaufgaben als Oppositionspartei war natürlich die Kontrolle, obwohl wir im Kontrollausschuss gar nicht vertreten waren. Aufmerksam geworden durch unsere Anfragen und Anträge ergab eine genaue Kontrolle durch das Land NÖ Fehler und Übertretungen seitens des Bürgermeisters. Das reichte von Preisabsprachen bei öffentlichen Auftragsver-



**Geschäft vor Seniorenwohlfahrt:
das Leopoldheim**

gaben bis hin zur Umsetzung von Projekten ohne gültigen Gemeinderatsbeschluss. Immer wieder zeigt sich, wie sehr eine jahrzehntelange absolute Mehrheit dazu verführt, Gesetze als Empfehlungen und nicht als Vorschriften zu verstehen.

**Liane Marecsek
Mag. Rainer Patzl**



Schmäh mit der Vorzugsstimme

Wieder einmal ruft die ÖVP die Bevölkerung auf, mittels einer Vorzugsstimme die Reihung der VP-Kandidaten zu beeinflussen. Ich halte das allerdings für eine Täuschung der Bevölkerung. Denn Personalentscheidungen trifft die ÖVP stets hinter verschlossenen Türen. Das Wahlervotum spielt dabei keinerlei Rolle, was sich belegen lässt.

So hatte vor 5 Jahren die damalige Stadträtin Zaussinger die meisten Vorzugsstimmen, Vizebürgermeister wurde aber Dr. Stangl. Der damalige Gemeinderat Eisenschenk war auf den 5. Listenplatz gereiht - trotzdem blieb er nach der Wahl »einfacher« Gemeinderat. Die 7 Stadtratsposten der ÖVP erhielten andere.

Die wichtigste Entscheidung bei dieser Wahl ist aber die Frage, ob die Stift-ÖVP wieder die absolute Mehrheit erhält und damit weitere 5 Jahre tun und lassen kann, was sie will. Oder ob diesmal die Opposition so gestärkt aus der Wahl hervor gehen wird, dass in Zukunft ÖVP-Alleingänge nicht mehr möglich sind. Im Sinne der Demokratie ist das mein größter Wunsch für diese Wahl.

Ihr Rainer Patzl

Therapie statt Chefarztpflicht

Die neue Chefarztregelung hat bei den Tullner Ärzten eine Welle des Protestes hervorgerufen. Die Grünen Tulln sind der Meinung, dass die Chefarztpflicht abgeschafft und durch eine Therapieempfehlung ersetzt werden sollte.

Die von Rauch Kallat vorgeschlagene Faxlösung - die Ärzten ihre genehmigungspflichtigen Verschreibungen an die Gebietskrankenkasse per Fax (später: E-Mail) ist wenig erbauend. Das sind mittelalterliche Methoden. Der nächste Vorschlag ist die Brieftaube oder die Postkut-

sche. Auch die letzte Einigung bringt keine wesentliche Erleichterung - eine Gruppe von Medikamenten ist jetzt chefarztpflichtfrei. Das Aussetzen der neu getroffenen Regelung bis zur Einführung der Chipcard wäre die klügere Lösung gewesen. Der nunmehrige Mehraufwand trifft ÄrztInnen wie Kassen, bindet vermehrt Personalressourcen und stiehlt wertvolle Zeit.

Vielmehr sollte sich der Hauptverband mit der Gesundheitsministerin und den Fachleuten zusammensetzen und anhand von interna-

tionalen Maßstäben eine Empfehlung über die Wirksamkeit und den Kostennutzeffekt von Medikamenten herausgeben.

Dabei muss aber - bei allen berechtigten Wünschen nach Einsparungen - die Qualität der Medikamente gewahrt bleiben. Übermäßige Abweichungen von diesen Empfehlungen müssten dann vom verschreibenden Arzt begründet werden.

Die Grünen vermissen, dass bisher nicht nachgerechnet worden ist, was das sinnvolle Einsetzen von Medikamenten

unabhängig vom Preis an Rendite bewirkt. Zum Beispiel haben die gesamten Säureblocker im Magen-Zwölffinger-Darm-Bereich bewirkt, dass Operationen eines Magengeschwürs schon zu den absoluten Raritäten in der Chirurgie gehören. Das muss man natürlich eingerechnen.

Und übrigens kommen wir alle an einer sinnvollen Vorsorgemedizin nicht vorbei. Die billigsten Patienten sind immer noch die, die auf Grund sinnvoller Vorsorge erst gar nicht ernsthaft krank werden.

Liane Marecsek

Erinnern Sie sich noch?

Ein Rückblick auf die Wahl in 2 Durchgängen

Die Unglücksraben

Vor fünf Jahren ging die Gemeinderatswahl sehr, sehr knapp aus. Die ÖVP hatte das »letzte« Mandat mit nur einer Stimme Vorsprung vor der FPÖ und nur zwei Stimmen Vorsprung vor den Grünen errungen.

Aufgrund von überzähligen Vorzugsstimmen (es gab in einigen Wahllokalen auf einmal mehr Stimmen, als abgegebene Kuverts) wurde die Wahl in vier Sprengeln wiederholt.

Beim zweiten Durchgang hatten die Grünen im Rennen um das umstrittene 37. Mandat die Nase knapp voran (eine Stimme vor der FPÖ), und auch ich als Listendritter konnte in den Gemeinderat einziehen.

So weit so gut, doch das wirklich skurrile waren die ungültigen Stimmen von zwei Gemeinderäten.

Daskamso: Ein FPÖ-ler steckte statt eines Stimmzettels seinen amtlichen Eintrittsschein für das Wahllokal in sein Kuvert, sodass man beim Auszählen der Stimmen nachvollziehen konnte, wem das Malheur passiert war. Das ist aber wegen des in Österreich geltenden geheimen Wahlrechts unzulässig. Da die FPÖ durch sein Missgeschick ein zusätzliches Mandat verfehlte, war er nach der Wahl dann plötzlich nicht mehr Gemeinderat.

Bei einem ÖVP-ler war es ähnlich: Auf einem Stimmzettel war nämlich nur sein Nachname zu lesen, keine

Partei war angekreuzt. Da auch auf der Grünen Liste eine Kandidatin gleichen Namens zu finden war, konnte der Stimmzettel nicht zugeordnet werden. Der Gemeinderat gestand daraufhin, dass es sein Stimmzettel war, was er auch durch eine zusätzliche Schriftprobe auf dem Stimmzettel bestätigte, dennoch musste er als ungültig gewertet werden.

Hätte die ÖVP diese eine Stimme mehr gehabt, wäre es nicht einmal zur Nachwahl gekommen.

In der Rückschau lässt sich daher sagen, dass ich nur wegen dieser Missgeschicke Gemeinderat geworden bin. Sie sehen also wie wichtig jede einzelne Stimme sein kann.



Demokratieverständnis in der ÖVP

Etwas glücklich, aber doch, konnten wir 2000 ein drittes Mandat erringen. Außerdem freuten wir uns am Wahlabend über die Erringung eines Stadtratpostens. Leider freuten wir uns zu früh!

Kurzerhand kürzte man die Anzahl der Stadträte, um keinen Grünen im Stadtrat zu haben. Gleiches passierte der FPÖ schon 1990. Nach der Wahl 1995 erhöhte man die Anzahl wieder, da der zusätzliche Stadtrat wieder auf die ÖVP entfiel. Ich bin davon überzeugt, dass auch diesmal wieder die ÖVP die Anzahl der Stadträte für sich »optimieren« wird.

Mag. Rainer Patzl

UMWELTSCHUTZ

Umweltschutz braucht starke Grüne!



Dr. Eva Glawischnig

Engagierter Umweltschutz ist eine Überlebensfrage für zukünftige Generationen und hat bei der österreichischen Bevölkerung zu Recht einen besonders hohen Stellenwert. Das hohe Umweltbewusstsein zieht sich von der Entscheidung gegen das AKW Zwentendorf 1978 über die Rettung der Hainburger Au 1984 bis hin zum erfolgreichen Gentechnik-Volksbegehren 1997 oder dem Tierschutzvolksbegehren, das letztes Jahr schließlich zum Beschluss des Tierschutzgesetzes führte.

Die etablierten Parteien haben in den letzten 25 Jahren dazugelernt. Allerdings leider nur insofern, als sie heute durch PR-Aktionen und inhaltsleere Sprechblasen den Eindruck erwecken wollen, dass sie »ja eh für den Umweltschutz« sind. Die Realität sieht leider anders aus. Auch in Niederösterreich.

Die Treibhausgasemissionen steigen seit Jahren massiv an statt zu sinken. Österreich ist meilenweit von der Erreichung des Klimaschutzziels entfernt. Obwohl die Bevölkerung den Einsatz der Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmitteln mit großer Mehrheit

ablehnt, droht die Freisetzung von Gentechnikpflanzen in Österreich. Ursache ist das viel zu schwache Gentechnikgesetz der Bundesregierung. Im Lebensmittelbereich sind leider auch in Österreich bereits Gentechnikprodukte am Markt.

So verfüttert die Niederösterreichische Molkerei (NÖM) nach Angaben von Greenpeace jährlich 24.000 Tonnen Gentech-Soja an ihre Kühe. Damit gelangt Gentechnik indirekt in Milch und Milchprodukte. Seit Mitte April 2004 müssen Lebens- und Futtermittel zwar gekennzeichnet werden, auf den Verpackungen von Lebensmitteln tierischer Herkunft wie Fleisch, Wurst, Milch, Käse oder Eiern braucht allerdings nicht angegeben werden, dass Gentechnik-Futtermittel verwendet wurden.

Auch im Bereich erneuerbarer Energien droht ein Rückschlag. Die Bundesregierung will das erfolgreiche Ökostromgesetz demontieren. Gleichzeitig wird gegen die zunehmenden Atomstromimporte nichts unternommen.

Und schließlich gibt es im aus Umwelt- und Gesundheitssicht zentralen Bereich der Verkehrspolitik ein völliges Versagen der Verantwortlichen: Dramatische Zuwachsraten, die zunehmende Transitalawine, steigende Luftverschmutzung und dadurch eine hohe Gesundheitsbelastung sind die Folgen.

15.000 Kinder erkranken in Österreich wegen verkehrsbedingten Luftschadstoffen jährlich an Asthma.

Auch die Hainburger Au, der Nationalpark und die Donau

sind, zwanzig Jahre nach ihrer Rettung, erneut bedroht. Die geplante Lobauautobahn ist ein Anschlag auf den Nationalpark, würde große Flächen Auwald zerstören, Lärm und Schadstoffe in höchststrangig geschützte Gebiete bringen. Daneben gibt es zahlreiche weitere Bedrohungen, wie etwa der geplante Ausbau der Wiener Raffineriestraße zur zweistöckigen Autobahn, das Autobahnbrückenprojekt bei Traismauer/NÖ, das Schnellstraßen-Brückenprojekt der »Marchfeld-Schnellstraße« bei Marchegg, das Hafensprojekt an der unteren March und der geplante Ausbau der Donau unterhalb Wiens.

Weil von den RegierungspolitikerInnen auf Bundes- und Landesebene statt wirksamer Umweltpolitik nur wirkungslose PR betrieben wird, braucht es gerade auf der Gemeindeebene starke Grüne.

Einerseits als Kontroll- und AufdeckerInnen-Instanz, andererseits um positive Umweltprojekte auf kommunaler

Ebene umzusetzen. Dafür gibt es viele Möglichkeiten und erfolgreiche Beispiele: Umstellung von Gemeindegebäuden auf Ökostrom, Gemeinde-Energiesparprogramm, Wärmeversorgung auf Basis Biomasse, Förderung des öffentlichen Nahverkehrs: Stadttaxi, Nachtbus etc., Tempo 30 in Wohngebieten, getrennte Radwege, gentechnikfreie Gemeinde und vieles mehr. Letztlich ist eine transparente und ehrliche Information und Einbindung der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse und Respekt für Minderheiten ein weiterer zentraler Baustein zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen. Unsere Generation steht vor der Herausforderung, einen ökologisch und gesundheitlich verträglichen Wirtschafts- und Lebensstil zu entwickeln, um die Lebensgrundlagen für unsere Kinder zu erhalten. Starke Grüne können dabei viel bewegen.

Dr. Eva Glawischnig
Abg. z. Nationalrat

Anlässlich der
Gemeinderatswahl bedarf es wieder einmal Deiner/ Ihrer Mithilfe. Wir danken für Spenden auf unser Konto 901 004 143 Blz. 15023

VERKEHRSREFORM



Blickwinkel

Wieder einmal ist eine Diskussion bezüglich des Ausbaus des hochrangigen Strassennetzes in der Ost-Region entbrannt. Beide Autofahrerclubs sowie Kommunal- und Landespolitiker sind einstimmig für den Neu- und Ausbau von Autobahnen und Schnellstraßen. Man spricht von jahrzehntelangen Versäumnissen und gesteht sich somit indirekt ein Versagen im Bereich einer vorausschauenden und vernünftigen Verkehrsplanung ein.

Den Grünen wird in diesem Zusammenhang gerne das Prädikat „Verhinderungspartei“ verliehen, doch die Zunahme des Individualverkehrs wird anhalten und Verkehrswege werden auch in Zukunft überlastet sein. Immer nur neue Straßen bauen kann nicht im Sinne der Bevölkerung sein.

Denn damit einher gehen das Ansteigen von Lärm, Luftverschmutzung und die unwiederbringliche Vernichtung von Grünland.

Täglich werden in Österreich ca. 52.000 m² nur für Straßen und Parkplätze verbaut, das entspricht der Fläche von neun Fußballplätzen! Eine beunruhigende Vorstellung

Karl Baach

Teure Öffis...

überforderte Regierende - eine Grüne Reform tut Not!

Am 1. November wurden die Öffis in den Außenzonen des VOR (Verkehrsverbund Ost-Region) empfindlich teurer. Zum 13. (!!) Mal seit 1991. Leidtragende: die PendlerInnen als „Zwangskunden“ der Öffis. Zeitkarten kosten nun verbreitet rund dreimal soviel wie 1991, obwohl die allgemeine Teuerung nur ein Zehntel davon betrug. Auch Benzin „legte“ nicht einmal halb so stark zu. Die Folgen: Im VOR gibt es deutliche Fahrgastrückgänge, die ÖBB haben in der Ostregion seit 1991 rund ein Viertel der Kunden verloren. Motor der regelmäßigen Preissteigerungen im VOR sind die großen Unternehmen wie ÖBB oder Postbus.

Die Verbände sind jedoch Gesellschaften im Besitz der Länder (beim VOR: 44% NÖ, 44% Wien, 12% Bgld). Dennoch haben sie nichts gegen die auf Antrag der ÖBB erfolgte Verteuerung unternommen. Der Bund, der den Nahverkehr mit hunderten Mio Euro (!) mitfinanziert, sieht der Preisentwicklung ebenso tatenlos zu. Beim Abschluß konkreter Verkehrsdienstverträge gehen LH Pröll & Co allzuoft auf die erpresserischen Forderungen von ÖBB oder Postbus ein.

Wie kommt es aber, daß der einfache Grundsatz „Wer zahlt, schafft an“ im Nahverkehr bisher scheitert?

Wieso können ÖBB&Co als „böse Monopole“ schlechte Leistung zu steigenden Preisen anbieten, ohne daß den sonst so starken Landeshauptlingen und Ministern der Kragen platzt?

Die Antwort gibt der Rechnungshof in einem aktuellen

Rohbericht über das Verkehrsministerium und den Nahverkehr, den die Grüne Verkehrssprecherin Dr. Gabriela Moser vor kurzem öffentlich gemacht hat.

Der Rechnungshof übt darin massivste Kritik:

○ Er brandmarkt das fehlende Management von Gorbach, Kukacka & Co,

○ er kritisiert die fehlenden verkehrspolitischen Weichenstellungen zugunsten von Bus und Bahn

○ er weist auf die Undurchschaubarkeit von Verantwortlichkeiten und Finanzierung der Öffis hin und

○ er bestätigt von den Grünen bereits aufgezeigte Gesetzeswidrigkeiten bei Mittelvergabe und Kontrolle.

Kurzum: Intransparenter und kaum kontrollierter Filz, der allen möglichen Beteiligten nützt, sicher aber nicht den Fahrgästen und SteuerzahlerInnen. Bund und Länder versagen also völlig bei der (gesetzlich fixierten) Aufgabe, den Öffentlichen Verkehr zu gestalten. Gewaltige Mittel werden überwiesen, ohne auf die Gegenleistung zu achten. Unglaublich viel Geld fließt der im Landhaus wie in den Chefetagen der Bahn einflußreichen Bauindustrie für Prestigeprojekte und überdimensionierte Infrastruktur zu. Vergoldete Schienen oder Bahnhöfe bringen aber keinen Pendler besser nach Wien. Die explodierenden Betriebskosten allerdings sind für die Bahn ein Argument für die nächste Tarifierhöhung ... und das Geld für Erhaltungs- und Verbesserungsmaßnahmen fehlt.

Darauf mit planloser Einspar-Rhetorik und Kindeswegle-

gung bei Geld und Verantwortung zu reagieren wie die ÖVP-FPÖ-Regierung ist jedoch der falsche Weg. Die Regierenden auf Landes- und Bundesebene müssen vielmehr die Pflicht zu politischer Gestaltung im Nahverkehr endlich ernst nehmen. Das ist mühsam, aber es hilft!

Die Grünen fordern zur Umsetzung der oft versprochenen „Qualitätsoffensive“ grundlegende Reformen bei Organisation und Finanzierung des Nahverkehrs. Dabei muss der Kompetenzdschungel ausgeholzt werden und die Kostenspirale bei ÖBB&Co durch eine ernsthafte politische Aufsicht durchbrochen werden.

Mit der völlig verhunzten ÖBB-Reform samt Postenschacher und dem Monopol aus Bahn und Postbus hat die Bundesregierung hier bisher versagt. Stattdessen müssen Geld und Verantwortung in einer Hand gebündelt und sowohl die Transparenz als auch die Effizienz und die politische Verantwortlichkeit geklärt werden. Buskurse und Pendlerzüge dürfen nicht mehr länger zu Phantasiepreisen und ohne Qualitätsanspruch bestellt werden, sondern diese preistreibenden Strukturen müssen mittels Ausschreibungsprinzip durchbrochen werden. 20 Prozent mehr Nahverkehr ums gleiche Geld so wie in Deutschland oder Schweden sind für die Grünen ein erstrebenswerteres Ziel als die 12., 13., ... Preiserhöhung ohne Verbesserungen für unsere PendlerInnen!

Mag. Reinhard Gschöpf
Verkehrsreferent im

SCHULREFORM

Chancen für eine Schulreform?

Die Schulpflicht bedeutet nicht in erster Linie die Pflicht der Kinder in eine Schule zu gehen, sondern die Pflicht der Gesellschaft allen Kindern eine Allgemeinbildung zu ermöglichen. Es gibt auch heute noch die Möglichkeit, seine Kinder selbst zu unterrichten oder sie auf diverse private oder konfessionelle Schulen zu schicken.

Die eklatante Mehrheit der Kinder besucht jedoch staatliche Schulen, die von der Gesellschaft aus Steuergeldern finanziert werden. Diese Schulen haben sich in den letzten Jahrzehnten weit weniger weiterentwickelt als die Gesellschaft selbst.

Die, für die Änderung der Schulgesetze nötige, 2/3 Mehrheit schützt zwar einerseits vor unüberlegten Hüftschüssen, wie sie die derzeitige Regierung in so wichtigen Belangen wie Gesundheits- oder Pensionsreform praktiziert hat, lähmt aber andererseits die weit überfällige Anpassung der Schule an die heutigen Bedürfnisse.

Jahrzehntelang waren die Forderungen nach Ganztags- bzw. Gesamtschule für die ÖVP ein »rotes« Tuch. Und auch jetzt soll zwar laut Ministerin Gehrler die »ganztägige Betreuung sowie die Fünf-Tages-Woche für Schüler bis 14 zum Regelfall werden«, für eine weitreichende Schulreform ist das jedoch bestenfalls ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung.

In Tulln wird die Nachmittagsbetreuung bereits in den meisten Schulen angeboten. Das hat aber mit einer Ganztagschule, in der die Lernübungs- u. Freizeitstunden

über den ganzen Tag verteilt werden absolut nichts zu tun. »Gehrer geht es nicht wirklich um pädagogische Veränderung, sie spreche bewusst nur von ganztägiger Betreuung. Dabei bleibe aber der antiquierte Vormittagsunterricht in 50-Minuten-Blöcken bestehen«, meint der Bildungssprecher der Grünen Dieter Brosz.

Österreichweit gibt es im Pflichtschulbereich nicht einmal in 10%, also 479 der 5239 Schulstandorte eine ganztägige Betreuung, ganze 69 davon sind »echte« Ganztagschulen in denen Unterrichts- Lern- und Freizeit mehrmals abwechseln. In ganz Niederösterreich gibt es davon VIER, in Tulln keine einzige.

Während eine Änderung dieses Zustandes bereits vom Schulerhalter, also auch der Gemeinde gemeinsam mit den Schulgemeinschaftsausschüssen erreicht werden kann, bedarf es bei dem weit schwerwiegenderen Problem der Gesamtschule, also dem gemeinsamen Unterricht aller 10-14-jährigen einer grundsätzlichen Änderung der Bildungspolitik. Die Selektionierung von 10-jährigen Kindern, meist nicht wirklich nach Begabung oder Intelligenz, sondern vielmehr nach sozialem Umfeld, und am Land oft nur nach Erreichbarkeit der nächsten Schule ist oft ein irreparabler Eingriff in die weiteren Bildungschancen der Kinder. Tulln besitzt ein Gymnasium – 31,25% der 10-14-jährigen Tullner Kinder besuchen dieses, in Sieghartskirchen, das kein eigenes Gymnasium besitzt nur 24% der Kinder. In Wien-

Hietzing besuchen bereits 71,4% aller Kinder eine AHS-Unterstufe.

Nicht gerade stolz macht der Zustand der Tullner Bevölkerung nach ihrem erreichten Ausbildungsniveau. So gibt es da bloß 8,7% mit akademischer Ausbildung, 14,2% mit Maturaniveau, 46,7% mit einer abgeschlossenen Lehre oder Fachschule und ganze 30,5% mit nur einem Hauptschulabschluss.

Das Erschreckendste an der derzeitigen Schule ist jedoch die Tatsache, dass alle drei beteiligten Gruppen, also Schüler, Eltern und LehrerInnen offensichtlich unzufrieden bis unglücklich sind.

Und es bewirkt, dass Psychopharmaka, »burn-outs« ja sogar Schülerselbstmorde ebenso zunehmen, wie der tägliche Frust in der Familie.

Was dabei herauskommt, hat uns die Pisa-Studie jetzt eindeutig bewiesen, nämlich bestenfalls Mittelmäßigkeit.

Dass kreative Ideen gefragt sind, beweist z.B. die KreaMont-Schule in St.Andrä Wördern, trotz hohem Schulgeld ist der Ansturm enorm. Auch an der Tullner Musikhauptschule melden sich weit mehr Kinder an, als tatsächlich aufgenommen werden können.

Natürlich kostet eine gute Schulpolitik Geld, aber Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt, wir haben jetzt eines der teuersten, leider jedoch nicht sehr erfolgreichen Schulsysteme in der EU, darüber hinaus geben Österreichs Eltern Millionenbeträge für Nachhilfeunterricht aus.

Ein sozial gestaffelter Beitrag zur Betreuung der Kinder ist durchaus vorstellbar, allerdings nur wenn damit gewährleistet wäre, dass die Nachmittagsbetreuung nicht einfach eine Unterbringung ist, sondern den Kindern neben der Schule auch Möglichkeiten für eine kreative Freizeitgestaltung wie Sport oder Musik geboten wird, ebenso wie eine gesunde Ernährung und eine Förderung der eigenen Talente. Wenn LehrerInnen ihren Beruf als Berufung auffassen und die Familien mit berufstätigen Eltern die Abende und Wochenenden ohne Stress miteinander verbringen könnten.

Vielleicht hilft ja der Schock der Pisa-Studie oder die Angst der Großparteien vor den nächsten Nationalratswahlen endlich Bewegung in eine echte Schuldiskussion zu bringen.

Erika Simané

* Zahlen: Statistik Austria



Impressum: Medieninhaber und Herausgeber: Die Grünen Tulln 3430 Tulln a. d. Donau, Königstetterstraße 48-65/5/3 Für den Inhalt verantwortlich: DIE GRÜNEN TULLN, Verlagspostamt 3430 Tulln Redaktion: Rainer Patzl, Erika Simané; Layout: Rudi Simané. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht zwingend die Meinung der Redaktion dar.

ES KANDIDIERTEN



Sag mal Lindenbaum, wie ist das mit dem Fußball in Tulln?

Grünspecht, da tut mir das Herz weh. Ein SC Tulln hatte es schon mal bis in die 2. Division geschafft, war lange in der Regionalliga Ost und unvergessen sind die legendären Cupfights, gegen die Austria und Wacker Innsbruck. Aber das ist lange her. Auch der Verein der »Roten«, der ATSV, war einst sehr erfolgreich und spielte zuletzt vor zahlreichen und begeisterten Zuschauern in der NÖ Oberliga. 1988 wurden die zwei Vereine fusioniert und der ATSV-Platz ist jetzt der neue Friedhof.

Die Stimmung im Josef-Kaiblinger-Stadion erinnert vielfach auch an einen solchen. Na ja, die glorreichen 60-er und 70-er Jahre sind Vergangenheit, damals war Tulln noch wer im Fußball!

Ja, die Zeiten ändern sich halt. Das ehemals kleine Langenrohr hat ganz schön aufgeholt. Die kicken derzeit besser!Tulln vom Dorfklub überflügelt!

Nicht nur im Fußball, lieber Grünspecht. Seit die Einkaufsmeile Langenrohr geöffnet hat, gibt's auch starke

wirtschaftliche Differenzen. Die Geschäfte auf der grünen Wiese sind jetzt eine grosse Konkurrenz für das Tullner Stadtzentrum. Jahrzehntelange Versäumnisse der Tullner ÖVP rächen sich jetzt eben bitter.

Wieso, Lindenbaum, es wird doch einiges versucht. Ein Stadtmarketing-Klub wurde ins Leben gerufen, Studien in Auftrag gegeben und die Bürgermeisterin Federmann wurde geklagt.

Geh Grünspecht, was hat's gebracht? Keine messbaren Erfolge! Außer Spesen ist doch nichts gewesen. Und um zum Fußball zurück zu kehren: Die Anzeige gegen die (auch ÖVP) Bürgermeisterin Federmann ist, als ob ein Trainer (hier Willi Stift) mangels eines brauchbaren Konzepts seine Mannschaft (Stadtmarketing-Klub) anhält, foul zu spielen.

Für wiederholtes Foulspiel und unsportliches Verhalten geben wir dem Bürgermeister die Rote Karte!

Nein, Grünspecht. Von uns bekommt er bei den Gemeinderatswahlen einen viel härteren Verweis: Die Grüne Karte!!

Die Grünen KandidatInnen zur Gemeinderatswahl am 6.März 2005

DSA Liane Marecsek, Dipl. Sozialarbeiterin
Mag. Rainer Patzl, Finanzberater
Karl Baach, ÖBB-Angestellter
Sonja Ledersberger, Landschaftsökologin
Mag. Johannes Scholz, Wirtschaftspädagoge
DI Helga Heintl, Architektin
Doris Cate, Hausfrau
Elisabeth Schneider, Angestellte
Sabine Gabriel, Lebensberaterin
Michael Holzmann, Angestellter
Erika Simané, Pensionistin
Martin Marecsek, Kfm. Angestellter
Christine Brand, Pensionistin
Josef Winkler, Student
Barbara Baach, Angestellte
Dagmar Sanjath, Übersetzerin
Hans Zickler, Pensionist
Manfred Lins, Selbständig
Martina Kucera, Psychotherapeutin
Elisabeth Schuster, Lehrerin
Patrick Pall, Bürokaufmann
Judith Weidl, Hortleitung
Hermine Hof, Angestellte
Dr. Elmar Friedrich, Prakt.Arzt
Johannes Hopfmüller, Werbeleiter
Nicole Roitner, Lehrerin
Harald Höhne, Lehrer
Reinhard Sinabell, Selbständig
Mag. Peter Balazs, Mathematiker
Walter Granadia, Angestellter
Elisabeth Burgholzer-Beiter, Horterzieherin
Friedrich Feichtlbauer, Behindertenbetreuer
Christine Cikanek-Jandl, BHS-Lehrerin
Ragnhild Zoubek, Freischaffende